

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Rieser Tageblatt
General Nr. 20.
Postfach Nr. 58.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschirma, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meißner Gesundheitsämter bestimmte Blatt.

Hausnummer
Dresden 1830.
Verleger
Rieser Nr. 52.

Nr. 59.

Freitag, 9. März 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Unterbruchs von Produktionsstörungen, Beschädigung der Abgabe und Materialverluste behalten wir uns das Recht der Veranschlagung und Nachforderung vor. Eingelagerte für die Nummer des Abgabetermins sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Druckschreibweise (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklameweise 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufischlag, feste Leinwand, Bemalung, Besatz, wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe eines Kuponen und der Erfüllung der Zahlungs- und Erfüllungsort: Rietsch. Tägliches Anzeigenscheinung. Empfänger an der Erde. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verleger, der Besatzungs- und Besatzungsstellen — bei der Besatzung keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rietsch. Geschäftsstelle: Postfach 13. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nölscher, Rietsch; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rietsch.

Die große Etat-Debatte im Sächsischen Landtag.

III. Dresden, 8. März 1928.

Heute vormittag 11 Uhr nahm bei ziemlich gut besetztem Hause und vor gefüllten Regierungsbänken, aber zunächst nur schwach besetzten öffentlichen Tribünen die auf zwei Tage berechnete große Etat-Debatte ihren Anfang. Nach dem Vorschlag des Präsidenten soll heute je ein Redner jeder Fraktion zu Worte kommen, danach soll die Beantragung der vorliegenden Anträge durch die Regierungsvortreter erfolgen. Freitag, 10 Uhr vormittags, soll die Etat-Debatte fortgesetzt und beendet werden.

Den ersten Redner stellt die sozialdemokratische Fraktion. Sie spricht den

Abg. Kratz

vor. Dieser bemängelt zunächst die Etatrede des Finanzministers, die alle großen Gesichtspunkte vermissen lasse. Sie sei ein Spiegelbild der Zerissenheit und Verwirrung der gegenwärtigen Koalition. Wohl sei die finanzielle Lage des Staates außerordentlich ernst, aber die vorgeschlagenen Streichungen für die Erfüllung von Kulturaufgaben seien unangenehm. In diesem Zusammenhang müßte die Forderung des Finanzministers eigenartig an der Landtag möge sich vorübergehenden hüten. Das sei ein Eingriff in die Rechte des Parlaments, gegen den sich seine Freunde entschieden wendeten. Die angekündigten Maßnahmen zur Besserung der Not der Landwirtschaft seien verfehlt. Die Krise in der Landwirtschaft sei weiter nichts als eine Konterpoint-erklärung der Politik des Landbundes. Redner stellt sich hinter die von seiner Partei im Reichstage vorgeschlagenen Hilfsmittel.

Auf die staatlichen Betriebe übergehend, verurteilt er, daß sie für die Privatindustrie vorbildlich sein sollen. Die realistische Arbeitspolitik der Regierung würden seine Freunde mit aller Macht bekämpfen. Redner empfiehlt die Annahme eines sozialdemokratischen Antrages auf Umstellung von Baukontrollen und Vermehrung der Zahl der Gewerkschaften. Die Einstellungen für den Jugenddienst seien viel zu gering. Redner wendet sich gegen die hohen Ausgaben für Polizei und Justiz und spricht sich für Vereinheitlichung des Reiches aus. Am besten wäre es, den Landtag und die Regierung nach Hause zu schicken und die Landtagswahlen mit den Reichstagswahlen zusammenzulegen.

Abg. Dr. Oberle (Dns.):

Ich interessiere am meisten die Frage: Wie ist unser Verhältnis zum Reich? Denn der ganze Etat weise darauf hin, daß die finanzielle Verwaltung unseres Landes absolut unabhängig sei vom Reich. Redner geht dann auf die Frage der Vereinheitlichung des Reiches ein und erklärt, daß die Wirtschaft des Reiches ein durchaus einheitliches gewesen. Um so weniger sei die Verfassung des neuen Reiches, sein Ziel und sein einheitlicher Wille sei vorhanden. Es gebe keinen sichtbaren Träger der Reichsgewalt, Träger seien die Bürokraten des Reiches, der Reichsministerien und der Spitzenverbände; und diese Gruppen seien sich untereinander uneinig. Daher komme es auch, daß das Ansehen des Deutschen Reiches in den Verhandlungen mit dem Auslande mit Rücksicht getrieben werde. Häufig Deutschland nach dem Kriege eine einheitliche Führung gehabt, so wäre es deren erste Aufgabe gewesen, auf deutschem Boden unter notwendiger täglicher Brot sicherzustellen. Der Grundfehler der Reichsverfassung liege darin, daß nach Beilegung der Konvention die Staatsgewalt als Gesamtheit des Reiches unterlassen worden sei. Der wirtschaftliche Tod komme von Berlin. Der Versuch des Reiches, die Führung auf dem Weltwege herzustellen, sei ein großer Irrtum. Eine materialistische Führung, wie sie die Linke bis zu den Demokraten wolle, sei eine Unmöglichkeit. Wir brauchen Führung mit Offenheit, mit stillen Worten, im Sinne Bismarcks, wir brauchen deutschen Geist und nicht internationale Phrase, und wir haben das Vertrauen, daß sich das deutsche Volk bei den künftigen Wahlen in diesem Sinne entscheiden wird.

Abg. Böttcher (Komm.)

meint, die Arbeiterklasse könne an dem Etat erleben, daß ihre Steuergelder nur zur Unterdrückung der Arbeiter und zur Stärkung der Reaktion benutzt werden sollen. Ein Aufbruch der Arbeiterklasse sei nur möglich nach dem Sturz der bürgerlichen Republik. Während der Rede leert sich das Haus fast vollständig.

Abg. Dr. Müller (Dns.):

Der vorliegende Etat widerlege den Optimismus des Finanzministers. Bedenklich sei das Anwachsen der Schulden des Staates auf 126,75 Mill. RM. Die Kapitalkosten der Ueberhöfe wiesen wohl einen Rückgang von 14,8 Mill. auf, davon entfielen aber auf die einzelnen Einnahmen des Landes nur 6,25 Mill. RM. Von den 27 Mill. RM. der Ueberhöfe stammten nur 6 Prozent aus anderen Quellen als aus Steuern. Der Schuldendienst sei von 2,1 auf 11,7 Prozent gestiegen. Dazu komme noch die außerordentliche Erhöhung der persönlichen Ausgaben von 227 Mill. RM. Ende 1927 auf 290 Mill. im neuen Etat. Zwei Drittel aller Ausgaben seien persönliche Ausgaben. Der Staatshaushalt habe in Sachsen unter außerordentlichem Druck einen Standpunkt erreicht, wie in keinem anderen deutschen Lande. Bedenklich sei die Abhängigkeit unserer Einnahmen vom Reich. Wir befinden uns gegenwärtig in einer großen Konjunktur, auf die ein Rückschlag folgen müsse. Trete er ein, dann würden die Stellen, auf die sich jetzt unsere Steuereinnahmen gründen, nicht in der Lage sein, diese Steuern weiter zu zahlen. Das Anwachsen der persönlichen Ausgaben sei eine Folge des gegenwärtigen parlamentarischen Systems.

Die Regierung sei abhängig von der Mehrheit des Parlaments, dieses wiederum von seinen Wählern. Es müsse endlich eine Geradlinigkeit und Fixierung der Damesachen erfolgen. Um das Verhältnis zwischen persönlichen und sachlichen Ausgaben zu beseitigen, müsse man erstlich an eine Verwaltungsreform herangehen. In erster Linie sei weiter ein besserer Schicksal zur Verteilung der Reichsfinanzen. Die Reichsminister bedürfte einer rechtlichen Regelung. Eine Umkehr zum Föderalismus scheine ihm praktisch ausgeschlossen zu sein. Alle großen Wirtschaftsorganisationen seien von Länder- zu Reichsorganisationen übergegangen und das Reich sei dann mit der Schaffung zahlreicher Reichsorgane gefolgt. Seine Partei wünsche einen dezentralisierten Einheitsstaat. Es könne nicht alles von Berlin aus schematisch geregelt werden. Die Kulturzentren in den einzelnen Ländern dürften nicht untergehen. Neben dem Reichstag müsse ein starkes Staatsorgan treten, das eine gewisse Stellung bei der Entwicklung gewähre. Die Regierung möge darauf hin arbeiten, Mittelanstalten zu schaffen, die eine Selbstverwaltung erhalten. Die Auseinandersetzung mit der Kirche möge nun bald zu Ende geführt werden. Der Finanzminister müsse sich mit den Ländern und Gemeinden einig machen, daß der große Finanzmangel zwischen Reich und Ländern erlosche.

Redner betont die Abstriche bei zahlreichen Kulturleistungen. Zum Schluß fordert er Befreiung der Rheinlande und des Saargebietes, weist auf die untragbaren Zustände in Ostpreußen hin und stellt mit Befriedigung die Erhaltung des Deutschen Reichs in Aussicht.

Abg. Dr. Seyfert (Dns.)

tritt für mögliche Sparsamkeit ein, sowie für eine vernünftige Senkung der Steuern. Der Redner geht dann auf Einzelheiten des Etats ein, verlangt Kürzung der Verwaltungsausgaben in der Fürsorge, Unterhaltung des Reiches, demgemäß aber die Sparmaßnahmen auf kulturellem Gebiet. Er erklärt dann die Stellung seiner Partei in der Koalition. Die sozialdemokratischen Forderungen könnten nicht an der Haltung der Demokraten gemessen werden. Redner weist schließlich auf die für das Land feindliche Tätigkeit der gegenwärtigen Regierungskoalition hin und bekundet sich für ein einheitliches deutsches Reich.

Finanzminister Reber

stellt einzelne sachliche Ausführungen am Etat rühmend und verweist vor allem die vorgenommenen Kürzungen. Er präzisiert sodann den Ausführungen Dr. Seyferts gegenüber die Stellung des Finanzministers im Reichstag, die nicht weiter herabgedrückt werden könne. Bei der Aufstellung des Etats seien nicht fiskalische, sondern nur Sparmaßnahmsgesichtspunkte maßgebend gewesen.

Abg. Gensel (Dns.-Part.)

weist auf die Tatsache hin, daß der Reichs- und der Landesetat den Stempel der vollen Auswirkung des Damesplanes an sich trage. Zur Erhaltung der erhöhten Kosten für die Besoldungen müßten die Gemeinden wirklich das erhalten, was ihnen auf Grund des Reichsgesetzes zustehe. Das Sparprogramm sei auf die Gemeindeverwaltungen ausgedehnt.

Ausdrücklich nicht der Redner dann auf das Wohnungsproblem ein. Man müßte nur den Auslandslohn nach einem anderen Schlüssel verteilen, dann könnte die Wohnungsnot sehr schnell beseitigt werden. Die Verhältnisse der Landwirtschaft habe heute bereits den Irdenstand erreicht, die Einkünfte seien aber bedeutend höher und die Preise für landwirtschaftliche Produkte lägen unter den Weltmarktpreisen.

Abg. Beißle (Mit-Soz.)

bemerkt auf eine Neuherausgabe des Abg. Kratz, von der altsozialistischen Partei würden nach der Wahl nur die vier Vertreter des Reichstages übrig bleiben, seine Partei werde den Sozialdemokraten noch manche Mühe zu machen geben, auch im kommenden Reichstag. Das größte Ziel, das es besonders auch im Interesse der Arbeiterklasse sei zu erreichen gelte, sei die Loslösung Deutschlands von den Sklavereien der Eigerstaaten. Redner erkennt an, daß die Regierung sich im Etat auf das notwendigste beschränkt habe, ohne kulturelle Ziele zu vernachlässigen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Abg. Beißle (Mit-Soz.) gegen die Forderung der Linke nach Zulassung einer künftigen Kontrolle der Landeshaushalte durch Parlamentarier. Redner empfiehlt schließlich die Annahme des Antrages seiner Partei auf Minderung der Zahl der Reichsministerien in Sachsen anlässlich der Verwaltungsreform. Manche der Herren von links würden sehr ängstlich werden, wenn sie infolge der Reichstagswahlen plötzlich in verantwortliche Stellen gehoben würden, denn so bequem wie jetzt in der Opposition würden sie es nicht wieder haben. Eherne Notwendigkeit zwingt dazu, die gegenwärtige Koalition aufrechtzuerhalten, und die Klugheit und Toleranz gebiete jedem Mitglied der Koalition, die nötige Rücksicht auf andere zu nehmen.

Abg. Griesel (Dns.-Part.)

erklärt die unzureichenden Staatsverträge und meint, es müsse Aufgabe von Regierung und Parlament sein, den Ursachen dieser Zustände auf den Grund zu gehen. Die vom Minister bedauerlich schwache Kapitalneubildung durch Sparmaßnahmen liege wohl in erster Linie daran, daß der große Volksbedarf der Industrie nicht vergessen werden könne. Ganz Deutschland und mit ihm Sachsen trauere noch heute an einer Ueberorganisation und überstaatlicher Abhängigkeit. Die Maßnahmen der Verwaltungsreform solle man

nicht übersehen. Einsparungen hätten noch in manchen Kapiteln gemacht werden können. So verstanden weite Volksteile nicht die hohen Ausgaben für die Staatstheater, weil ihre bescheidenen Mittel ihnen den Besuch dieser Kulturstätten nicht ermöglichen. Auch an dem amtlichen Landtagsbericht könnte viel gespart werden, denn er werde doch von niemandem gelesen. (Heuchelt.)

Redner tritt dann noch für die Wahrung der Rechte der Gläubiger der Aufwertungshypotheken ein, verlangt, daß die für den Wohnungsbau bereitgestellten Mittel nicht zu anderen Zwecken verwendet werden und schließlich: Unsere Arbeit wird unter der Beherrschung zur Wiederherstellung eines gesunden Rechtsstaates stehen.

Abg. Dr. Gröbe (Nat.-Soz.)

erklärt, der Etat des kleinen Sachse könne nicht für sich betrachtet werden, er spiele nur die Verhältnisse ganz Deutschlands wieder. Solange das deutsche Volk keine Macht habe, sei es unmöglich, mit einem wirtschaftlichen Weltmarkt die Wunden heilen zu wollen. Die Freiheit könne nicht erarbeitet, sie müsse erkämpft werden. Die Regierung verurteile im Etat, das bisher, das übrig geblieben sei, liebevoll zu verteidigen. Leider aber denke kein Mensch daran, daß das Geschick wiederzukommen. Gestört könne werden durch Wiederherstellung der Abordnungsbürokraten, der Ministergehälter, auch an Landtagsdruckereien usw. Jede Anleihe sei ein Verbrechen an Volk. Die höchsten Steuerlasten müßten die wirklich tragfähigen Schultern tragen, dann könne man die kleinen Steuerzahler entlasten und auch noch Wohnungen bauen.

Damit ist die Reihe der ersten Rednergarnitur zu Ende. Es folgt hierauf die

Beantwortung der vorliegenden Anfragen

durch die Vertreter der Regierung. Der Ministerpräsident antwortet auf die sozialdemokratische Anfrage, warum der sächsische Regierungsvortreter gegen den preussischen Antrag auf Ablehnung der von der Reichsregierung geforderten 9,2 Millionen RM. als erste Rate für ein neues Panzerschiff gestimmt habe u. a.: Die sächsische Regierung habe ihren Bewilligungswilligkeit im Reichstag angewiesen, den preussischen Antrag beim Etat des Reichswehrministeriums, das dort eingeleitete Panzerschiff zu kreieren, nicht beizutreten. Die sächsische Regierung glaube die Verantwortung dafür nicht übernehmen zu können. Eine Resolution zum Schutz der deutschen Rüste abzulehnen, die sich innerhalb des geringen und von der Entente ausgeübten Namens seiner Verteidigung hielt, und die die dafür sachverständige Stelle, das Reichswehrministerium, für unbedingt notwendig erachtete. Nach Ansicht der Reichsregierung waren die Gründe, die Preußen für eine Verschiebung des Postens auf ein Jahr vorbrachte, nicht durchschlagend.

Auf die sozialdemokratische Anfrage über die Stellung des Ministerpräsidenten bei der Länderkonferenz in Berlin, zur Frage des einheitlichen Staatsbankens antwortet Ministerpräsident Heide, seine damaligen Ausführungen seien rein persönlicher Art gewesen, sie seien nicht im Auftrag der sächsischen Regierung erfolgt. Er habe in seiner Rede auf die Nachteile aufmerksam gemacht, die sich aus der Behauptung eines einseitigen Standpunktes ergeben könnten. Eine einseitige partikularistische Stellung habe er nicht vertreten, er habe vor einem übertriebenen Zentralismus gewarnt und sei überzeugt, daß er sich dabei in Übereinkunft mit der überwiegenden Mehrheit der sächsischen Bevölkerung befunden habe.

Zu der sozialdemokratischen Anfrage wegen der Beilegung der sächsischen Staatszeitung über die Beilegung anlässlich der Beamten demonstration am 28. Juni 1927 bemerkt Ministerpräsident Heide, die Regierung habe nicht feststellen können, daß in der sächsischen Staatszeitung über den Verlauf der Beilegung des Besoldungsanspruches des Landtages mit Beamtenvertretern enthaltene Berichte eine einseitig gefärbte Darstellung gaben.

Auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei wegen Streichung des Reichsaufwandes von zwei Millionen Mark für die Leipziger Messe durch den Reichstag erklärt Wirtschaftsminister Dr. Erug von Ribbe und von Falkenstein, daß seiner persönlichen Bemühungen seien in den diesjährigen Reichsetat 900 000 Mark für die Leipziger Messe eingeplant worden und er hoffe bestimmt, daß sich im Reichstag eine Mehrheit für die Bewilligung dieser Summe finden werde.

Damit schließt die Sitzung gegen 7 Uhr. Heute Freitag vormittag 10 Uhr werde die Etatberatung fortgesetzt.

Erklärungen des sächsischen Ministerpräsidenten.

III. Dresden. Bei der fortgesetzten Etatberatung im sächsischen Landtag erklärte der Ministerpräsident Heide in Beantwortung verschiedener Fragen u. a., daß sich die sächsische Regierung im Reichstag für das neue Panzerschiff eingesetzt habe, da es nicht ihre Aufgabe sei, der Reichsregierung vermeintliche Schwierigkeiten zu machen, und da die Ablehnung des Kreuzers weite Kreise der Wirtschaft geschädigt hätte.

Der Ministerpräsident führte weiter aus, daß die sächsische Regierung auf der Berliner Länderkonferenz zur Frage des einheitlichen Staatsbankens keine Stellung genommen habe. Er habe auf der Konferenz betont, daß eine Zentralisierung in Groß-Preußen dazu führen würde, daß die Errundensachen der Länder verkommen müßten. Er